

sonderer musikalischer Genuß bevorsteht. Das Programm bringt wieder nur beste, erstklassige Musik; auch das Schuber'sche Thema und Variationen über das Tor und das Mädchen ist auf besonderen Wunsch wieder in die Musikfolge aufgenommen. Wir weisen schon heute auf dieses Konzert hin und geben der Hoffnung Ausdruck, daß durch einen gefüllten Saal die Wertschätzung solcher musikalischer Veranstaltungen bewiesen werde.

**Pulsniß.** (Verein für Volksbildung.) Montag, den 15., 22. und 29. d. M., 8-10 Uhr, Schule, Zimmer 17: Dr. Mokrauer, Dresden: „Was lehrt Schopenhauer über Religion?“ (Dr. Mokrauer ist einer der beständigsten Volkshochschullehrer.)

(Wetterbericht) vom 12. Januar, früh: Das gestern bei Jütland lagernde Minimum entfernt sich langsam, es veranlaßt in den letzten 24 Stunden in Deutschland meist zeitweise Niederschläge. Durch Verstärkung des isländischen und Verflachung des südwestlichen „Hoch“ sind beide gleich stark geworden. Über Island herrscht Winterwetter und es ist deshalb auf der Rückseite der Störungen demnächst etwas kälteres Wetter zu erwarten. Zunächst scheint jedoch eine neue Störung nachzuzugeln.

(Abt. Februar Verdoppelung der Eisenbahnfahrpreise.) Der ständige Ausschuß des Reichseisenbahnrates billigte einhellig die Politik der Reichsbahn, die zum Ausgleich zwischen Ausgaben und Einnahmen eine schnelle Anpassung der Tarife an die Selbstwertung fordert, wobei die wirtschaftlichen Interessen, soweit eben möglich, durch Spezialtarifierung des Verkehrs berücksichtigt und gespart werden sollen. Hand in Hand hiermit sollen Ersparnisse auf der Ausgabenseite gehen durch Verringerung der persönlichen und sachlichen Ausgaben und Hebung der Arbeitsintensität. Der Ausschuß erkannte einstimmig die Notwendigkeit an, den Personenverkehr entsprechend seinen Selbstkosten in Zukunft stärker heranzujagen. Mit allen gegen zwei Stimmen wurde die Notwendigkeit der Erhöhung der Personentaxe zum 1. Februar d. J. um 100 Prozent anerkannt.

(Ein Verzeichnis der neuen Postgebühren) bringen wir wegen Platzmangel erst in der Dienstagnummer.

(Goldhypotheken.) Mitteilung aus Nr. 6 der Handelskammer zu Jüttau: In letzter Zeit sollen viele Hypothekendarlehen deshalb gekündigt worden sein, weil — nach einem Gerücht — ein Gesetz zu erwarten sein sollte, wonach bei gestiegenem Verkaufspreise eines Grundstückes die Forderungsansprüche des Hypothekengläubigers eine Steigerung im Verhältnis zu dem Mehrerlös erfahren sollten, der bei dem Verkauf des hypothekarisch belasteten Grundstückes gegenüber dem Friedenswert erzielt wird, so daß also beispielsweise die Hypothekenschulden auf 5 Millionen Mark anwachsen würden, wenn ein Grundstück, das einen Vorkriegspreis von 1 Million Mk. hatte und mit 500 000 Mark Hypothekenschulden belastet war, für 10 Millionen Mark verkauft würde. Die bei den verschiedenen Stellen eingezogenen Erkundigungen haben ergeben, daß dieses Gerücht in keiner Weise zutrifft. Insbesondere hat das Reichsjustizministerium amtlich erklärt, daß ein Gesetzentwurf des betreffenden Inhalts von der Reichsregierung nicht geplant wird.

(Goldmark und Papiermark.) In dem Aufsatz in der Nummer vom 9. 1. 23 ist behauptet worden, die Hypothekengläubiger hätten auf Grund einer Entscheidung des Reichsgerichts eine rechtliche Handhabe, zu verhindern, daß die Grundstückseigentümer ihre Hypothekenschulden in Papiermark zurückzahlen. Diese Ansicht ist unrichtig. Die Entscheidung des Reichsgerichts beschäftigt sich nur mit der Frage, in welcher Weise bei Beendigung der Pacht der Gesamtwert des übernommenen und zurückzugewährenden Inventars zu berechnen ist. Für diesen Fall hat das Reichsgericht eine Umrechnung der Papiermark in Goldmark für angemessen erachtet. Diese Entscheidung darf nicht in der Weise verallgemeinert werden, daß Hypothekengelder in Goldmark oder wenigstens in einem höheren Betrage, als der Wert der Papiermark ausmacht, zurückgezahlt werden müssen. Diese Ansicht ist auch von anderen Gerichten bisher nicht vertreten worden, es ist zwecklos, den Gläubigern insbesondere den Kleinrentnern in dieser Beziehung Hoffnung zu machen, in der sie doch bald bitter enttäuscht werden würden. Ob eine gesetzliche Regelung der Rückzahlung von Hypothekengeldern in Goldmark, wie sie jetzt angeblich im Wirtschaftsausschuß des Reichstags beraten wird, den Kleinrentnern Hilfe bringen wird, ist sehr fraglich. Jedenfalls sind die Gerichte nach der jetzigen Rechtslage nicht befugt, die Rückzahlung der Hypothekengelder in Papiermark zu verhindern. Die im Organ des Rentnerbundes vertretene gegenteilige Ansicht ist ebenfalls nicht zutreffend.

Sonnabend, den 20. Januar 1923, vormittags 9 Uhr findet öffentliche Sitzung des Bezirksausschusses statt. Die Tagesordnung hängt im Dienstgebäude der Amtshauptmannschaft aus.

(Die Mütterberatung in Pulsniß M. S. findet am Mittwoch, den 17. Januar nachmittags 3 Uhr in der Schule statt. Arzt wird anwesend sein.

(Die Mütterberatung in Lichtenberg) findet am Dienstag, den 16. Januar nachmittags 3 Uhr in der Schule statt. Arzt wird anwesend sein.

**Oberstein.** (Standesamt Nachrichten) In dem seit 1. Januar 1922 für die hiesige Gemeinde neugegründeten Standesamtsbezirk sind im Jahre 1922 zu verzeichnen: 36 Geburten, davon 15 Knaben und 21 Mädchen; Eheschließungen fanden statt 15, Sterbefälle kamen 15 zur Eintragung, davon 8 männliche, 6 weibliche und 1 Totgeburt.

**Ramenz.** (Einbruch.) Ein auffeherregender Einbruch ist gestern in der 4. Morgenstunde in die Auslage des Ratsuhmacher Reimann'schen Geschäftes am Markte verübt

worden. Der Täter, ein hiesiger Einwohner, hat die überaus starke Glasscheibe eines der drei großen, am Hause befindlichen Schaukästen zertrümmert, von den ihm dadurch erreichbar gewordenen ausgestellten Gegenständen drei Beckuhren geraubt und ist damit geflüchtet. Infolge des kanonenschußähnlichen Knalles, der durch die Zertrümmerung der großen Scheibe verursacht wurde und die Alarmierung der Polizei sowie im Schlafe liegender benachbarter Anwohner zur Folge hatte, dürfte es dem Täter annehmbar unmöglich gewesen sein, noch größere Beute zu machen. Schon zeitig gestern morgen konnte ihn die Polizei ermitteln und festnehmen, auch die gestohlenen Uhren sind wiedererlangt. Die zertrümmerte Glasscheibe dürfte einen Wert von etwa 40 00 Mark haben.

**Elstra.** (Ende des Streiks bei der Firma Biener.) Nach tagelangen Einigungsverhandlungen, die vorgestern vormittag endlich von Erfolg gekrönt waren, kann der Streik bei der Firma Biener, der fast 3 Wochen andauerte, als beendet angesehen werden. Ein Teil der Belegschaft hat die Arbeit bereits schon wieder aufgenommen.

**Saagen.** (Einweisung der Stadtverordneten.) Die neu- bzw. wiedergewählten Stadtverordneten Saagens wurden am Donnerstag durch Oberbürgermeister Niebner in ihr Amt eingewiesen. Zum Vorsitzenden wurde Fleischermeister Richard Junge, zum 1. Stabsversteher Gewerkschaftsbeamter Paul Räder gewählt.

**Dresden.** (Aus dem Landtage.) Im Haushaltsauschuß A fand am Donnerstag die Vorlage betreffend Gewährung örtlicher Zuschläge an Lehrer, Beamten und Anbesitzer gegen die Stimmen der Kommunisten Annahme. Die Zuschläge werden für die gleichen Orte gewährt, die vom Reiche festgelegt sind. Es sind dies: Dresden, Leipzig, Chemnitz, Sebnitz, Herzogswalde, Brambach und Schönberg. Der Ausschuß stimmte ferner einer Entschädigung zu, das gesamte Sachsen als ein Wirtschaftsgebiet mit besonders schwierigen Verhältnissen zu bezeichnen und die sächsische Beamenschaft demgemäß zu berücksichtigen.

(Der Deutsche Beamtenbund und gegen die französische Gewaltpolitik.) Die Leitung des Deutschen Beamtenbundes hat beschlossen, die Mitglieder des Bundes zum energischen Protest gegen die französische Gewalt- und Zwangspolitik und namentlich gegen den Einmarsch der Franzosen in das Ruhrgebiet aufzurufen. Sie begrüßt die Versicherung des Reichskanzlers, daß Deutschland unter Druck und Erziehung nicht handeln werde und ist entschlossen, die Regierung in ihrem Widerstand gegen Vertragsbruch und Expresstaktik mit aller Energie zu unterstützen. Der Vorstand der Landesgruppe des D. B. B. erwartet, daß die Leitungen der Ortskartelle dafür sorgen, daß die Beamtenschaft sich an den stattfindenden Kundgebungen reiflos beteiligt und, soweit solche an einzelnen Orten nicht geplant sind, von sich aus Stellung nimmt.

**Dresden.** (Halbmaßflaggen als Protest gegen den Vertragsbruch.) Die sächsische „Staatszeitung“ veröffentlicht folgende Rundgebung der Regierung: „Um dem Gefühl der Enttäuschung, Empörung und Trauer über das neueste Vorgehen der französischen Regierung gegen das wehrlose Deutschland Ausdruck zu geben, sind die sächsischen staatlichen Dienstgebäude, die staatlichen Schulen und die im wesentlichen aus Staatsmitteln unterhaltenen Stiftungsgebäude nächsten Sonntag, den 14. Januar 1923 gemäß der Verordnung des Gesamtministeriums vom 16. Oktober 1922 auf Halbmaß zu flaggen. — Dresden, 11. Januar 1923. Der stellvertretende Ministerpräsident Lipinski.“

**Leipzig.** (Großfeuer.) Am Donnerstag Abend brach in den beiden Lagerkuppen des Werkes II der Firma A. Bleicher & Co. in Leipzig ein Feuer aus, das sämtliche Vorräte an Drahtseilen und Maschinen vernichtete. Der angerichtete Gebäude- und Sachschaden beträgt Hunderte von Millionen. Es wird Brandstiftung vermutet.

**Chemnitz.** (Ausruf der Kommunistischen Partei.) Das hier erscheinende kommunistische Blatt „Der Kämpfer“ veröffentlicht einen Aufruf der Zentrale der K. P. D. der Leitung der Kommunistischen Partei Frankreichs, der französischen Arbeiter-Union, der Kommunistischen Partei Großbritanniens, des Exekutivkomitees der Kommunistischen Partei Italiens, der Kommunistischen Parteien Belgiens, der Niederlande und der Tschecho-Slowaki, der an das arbeitende Volk der Entente-Staaten und der besetzten Länder, der sich gegen den Raub- und Expresstakt der Gewalt und des Hasses und gegen die imperialistischen Pläne Frankreichs und Belgiens richtet und in dem es u. a. heißt: „Die Besetzung des Ruhrgebietes bedeutet einen neuen Krieg, selbst dann, wenn auf deutscher Seite kein bewaffneter Widerstand geleistet wird. Sie wird die Gegensätze zwischen den verschiedenen Staaten verschärfen und die nationalstolischen Leidenschaften neu entfachen und auf die Spitze treiben.“ Der Aufruf protestiert gegen den Raubfrieden von Versailles, gegen die Besetzung des Ruhrgebietes, gegen die Zerstückelung Deutschlands, verlangt sofortige Zurückziehung der Besatzungstruppen und fordert Organisation des Abwehrkampfes in allen Werkstätten, Bergwerken, Schmelzen und Dörfern. Soweit wäre gegen den Aufruf nichts einzuwenden. Wie schon immer, glaubt aber die K. P. D. auch heute wieder, daß in der größten Not des Vaterlandes ihr Weizen am besten blüht, denn der Aufruf besagt weiter: „Der gemeinsame Feind, gegen den die Einheitsfront der Arbeiter zu bilden ist, ist der deutsche und französische Kapitalismus.“ Der Aufruf enthält scharfe Angriffe gegen die Reichsregierung und proklamiert Abwälzung aller Lasten des Krieges und aller Kosten des wirtschaftlichen Wiederaufbaues auf die Schultern der Sozialisten und Errichtung der zentralisierten Staatsmacht auf dem Wege zur Arbeiterregierung. — Am Einheitswillen und der Vaterlandsliebe der übrigen Parteien wird aber die „sogenannte“ Einheitsfront der kommunistischen Weltverbesserer einen unüberwindlichen Widerstand finden.

### Sächsischer Landtag.

Sitzung vom 11. Januar.

Vor Eintritt in die Tagesordnung der 7. Sitzung gab Landtagspräsident Winkler eine Erklärung ab, in der er im Namen des sächsischen Volkes und im Einvernehmen sämtlicher Fraktionen, mit Ausnahme der kommunistischen, feierlichen und schärfsten Protest gegen den neuen Akt einer widerwärtigen Gewaltpolitik Frankreichs erhob, das seine Hände erneut nach deutschem Gebiete ausstrecke, von dem es weiß, daß es das Herz unserer Wirtschaft und unserer Industrie ist. Die Großtaten deutscher Arbeit wolle es unter seine Gewalt bringen. (Die Kommunisten unterbrechen die Erklärung des Präsidenten durch fortwährende Zwischenrufe.) Frankreich wisse, daß es einen wehrlosen Gegner vor sich habe. Frankreichs Gründe für sein Vorgehen sei nur ein Vorwand. Wir sprechen unseren deutschen Brüdern, die in erster Linie die Danksage dieser Politik zu erdulden haben, unser tiefstes Mitgefühl aus. Die Stimmen, die aus dem Rheinlande herüberdringen, geben Zeugnis, daß unsere Brüder treu zum Reiche stehen. (Erneute Zwischenrufe der Kommunisten.)

Hierauf gibt der stellv. Ministerpräsident Lipinski folgende Erklärung zu dem Vertragsbrüche Frankreichs ab: Trotz der klaren Erkenntnis, daß das Vltat von Versailles in seinem vollen Umfange unerfüllbar und undurchführbar ist, hat

die sächsische Regierung die Politik der Reichsregierung darin unterstützt, daß alles getan werden müsse, um den Versailler Vertrag in den Grenzen der Leistungsfähigkeit deutscher Volkswirtschaft zu erfüllen. Sie hat aber insbesondere die Herabsetzung der Reparationsleistungen zu ihrem Teile zu fördern versucht und die Stabilisierung der Mark durch Aufnahme innerer und äußerer Anleihen unterstützt und so dazu beigetragen, daß das deutsche Volk aus dem wirtschaftlichen Zusammenbrüche infolge des Krieges sich wieder emporarbeitete. Das schnelle Sinken des Wertes der deutschen Mark zeigt, daß das Reich bei der Erfüllung des Versailler Diktats bis zur äußersten Grenze der Leistungsfähigkeit Deutschlands gegangen ist.

Die Verhandlungen in Paris sind an dem imperialistischen Machtwillen der kapitalistischen Kreise Frankreichs gescheitert. Die Gewaltpolitik Poincarés triumphiert. Französische Truppen sind in deutsches Gebiet eingebrungen, um das deutsche Volk unter dem Willen der französischen Machthaber zu beugen und die wirtschaftliche Regelung des Reparationsproblems unmöglich zu machen.

Die sächsische Regierung ist mit dem Herrn Reichspräsidenten der Auffassung, daß Frankreich Gewalt unter Bruch des Versailler Friedens-Vertrages anwendet. Sie appelliert mit ihm an das Gewissen der Welt und der internationalen werktätigen Bevölkerung, diesem Rechtsbruch und der Gewaltanwendung Einhalt zu gebieten, und auf die Erhaltung des Friedens hinzuwirken.

Das deutsche Volk muß in seiner tiefen Not zusammenstehen. Es wird dies umso leichter tun können, je stärker der Wille von der Reichsregierung bekundet und bekräftigt wird, die Republik zu festigen und auszubauen und alle Teile des Volkes nach ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu den Lasten des Friedensvertrages und dem Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft heranzuziehen.

Die sächsische Regierung fühlt mit der Bevölkerung der besetzten Gebiete die schwere Not und Bedrängnis in der sie steht, und fordert die sächsische Bevölkerung auf ruhles Blut und Ruhe zu bewahren, sich auch nicht durch das Vorgehen einzelner irregulärer oder aufgehehrter Gruppen zu Unbesonnenheiten hinziehen zu lassen, sondern alle Kraft einzusetzen, um neuen Kriegstreibern und neuem Kriegsbrände entgegenzuwirken.

Zum Anschluß an diese Erklärung kommt es zu einer auch im sächsischen Parlamente überbrachten Rede von dem Kommunisten herbeigeführt wird. Ubg. Böttcher (K.) beantragt Besprechung der verlesenen Erklärungen. — Als er bemerkt, es gebe zahlreiche sächsische Arbeiter, die diesen nationalen Hummel a la 1914 nicht bilden, tritt auf allen Seiten des Hauses heftiger Widerspruch zu Tage, dann schallt es einmütig zu den Kommunisten hinüber: Raus!

Der Präsident pocht unaufhörlich mit dem Hammer auf den Tisch und erklärt, die Ausführungen des Ubg. Böttcher als nicht zur Geschäftsordnung gehörig. — Ubg. Böttcher spricht unter großem Lärm und fortwährendem Hammerklagen des Präsidenten weiter. Rufe: Raus! Raus! Der Präsident erklärt, im ganzen Lande werde man die Erklärungen Böttchers richtig einschätzen wissen. Der Vorstand und der Vizepräsident stimmten überein, heute keine Aussprache zuzulassen. Das Haus lehnt den Antrag Böttchers einmütig ab. (Ubg. Böttcher ruft: Die nationale Einheitsfront von 1914! Bravorufe) Als sich die Räumellen einigermaßen gelegt haben, ruft der Ubg. Siwert (Kom.) neue Vermittlungen herbei durch Ausführungen zur Geschäftsordnung, die aber bei dem herrschenden Lärm absolut unvernehmlich bleiben. Der Präsident unterbricht die Sitzung auf eine Viertelstunde. Die Kommunisten toben während sich der Saal leert weiter und wenden sich besonders gegen die Minister Lipinski und Fleischer.

Das Haus tritt dann in die Erledigung einer langen Tagesordnung ein, die ausschließlich Angelegenheiten der Schule, Religion und Kirche umfaßt. Nach Begründung der Anträge und Anfragen, die sich auf Schulfragen und insbesondere auf die bekannten fleischerischen Verordnungen beziehen, durch mehrere Redner, antwortet Kultusminister Fleischer. Den interessantesten Punkt seiner Rede bildete die Rechtfertigung seiner bekannten Religionsverordnung. Man erfährt, daß Verhandlungen zwischen dem Reiche und den Ländern Sachen, Braunschweig und Thüringen, stattgefunden haben, deren wichtigstes Ergebnis ist, daß neue Strafverfahren gegen diejenigen katholischen Eltern, die ihre Kinder am Feste Allerheiligen nicht in die Schule schickten, nicht eingeleitet werden, Entlassungen von Schülern nicht stattfinden sollen. Es findet dann eine längere Besprechung der Anträge und Anfragen statt, worauf diese an die Ausschüsse verwiesen wurden. Nächste Sitzung Freitag, den 12. Januar, vorm. 9 Uhr: Anleihegesetz und Entwurf über die Erhöhung der Gewerbesteuer für 1922, Kirchen- und Schulfragen.

Sitzung vom 12. Januar.

In der heutigen 8. Sitzung des Landtags, die bereits 9 Uhr vormittags begann, wurde zunächst die Regierungsvorlage über ein Anleihegesetz in Vorbereitung genommen. Das Gesetz bestimmt in seinem grundlegenden § 1: Das Finanzministerium wird ermächtigt, zum Ausbau der staatlichen Kohlen- und Elektrizitätsunternehmungen die Bestände der Landeshauptkasse bis zu drei Milliarden Mark durch Aufnahme einer oder mehrerer verzinslicher Anleihen in dem zur Beschaffung dieser Summe erforderlichen Nennbetrage zu ver stärken. — Finanzminister Hecht begründete die Vorlage. Er gab ein Bild vom gegenwärtigen Stande des staatlichen Braunkohlenbergbaues in Sachsen und eröffnete, daß die geforderten 3 Milliarden Mark sich inzwischen infolge der Geldwertung wohl bereits auf 15 Milliarden Mark erhöht hätten. Das Finanzministerium denke weiter eine Elektrizitäts- und eine sogenannte wertbeständige Anleihe aufzunehmen. Durch einen weiteren Paragraphen der Vorlage soll das Finanzministerium ermächtigt werden, zur vorübergehenden Verstärkung der Betriebsmenge der Landeshauptkasse weitere Schenkungen im Betrage von 4 Milliarden Mark auszugeben. Zu der Vorlage äußerten sich mehrere aller Parteien. Im allgemeinen wurde die Notwendigkeit der Vorlage anerkannt, da neue Geldmittel zur Aufrechterhaltung des staatlichen Kohlenbergbaues dringend erforderlich seien. Mehrere Vorbehalte machten die Redner der kommunistischen und der deutschen nationalen Partei. Die Vorlage ging schließlich an den Haushaltsauschuß B. Eine lange Aussprache entwickelte sich über den Gesetzentwurf, nach dem die zu entrichtende Gewerbesteuer für das Rechnungsjahr 1922 auf 300 v. H. festgelegt werden soll und den mit in Beratung genommenen volksparteilichen Antrag zur Hebung der Notlage der freien Berufsleute, diese von der Gewerbesteuer auszunehmen. Vorlage und Antrag wurden schließlich gleichfalls an den Ausschuß verwiesen. — Nächste Sitzung Dienstag nachmittags 1 Uhr.

### Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

**Berlin, 12. Januar.** (Protest des Reichsrates.) Zu Beginn des gestrigen Reichsratsung gab Staatssekretär Behre folgende Erklärung ab, die die Mitglieder des Hauses stehend angehörten: „Der Reichsrat, als verfassungsmäßige Vertretung aller Länder, erklärt in Uebereinstimmung mit der Reichsregierung einstimmig seinen Protest gegen die von der französischen und belgischen Regierung durch die Besetzung eines Teiles des Ruhrgebietes an den deutschen Volke unter Bruch des Friedensvertrages von Versailles begangene Vergewaltigung. Der Reichsrat bezeugt vor der ganzen Welt, daß das deutsche Volk demütigt gewesen ist, die ihm auferlegten, nach dem Urteile der ersten Wirtschaftsausschüsse der Welt untragbaren Lasten bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit zu erfüllen, und daß es da-